

1 **NRW muss seiner Verantwortung für die Pariser Klimaziele gerecht werden und die Energiewen-**
2 **de konsequent vorantreiben**

3 - Klimaschutz in NRW jetzt! -

4 Der verbliebene Rest des einstmals über 4.000 ha großen Hambacher Waldes ist zum Brenn-
5 punkt des Konfliktes um die klimaschädliche Kohleverstromung geworden. Nun wird die Beset-
6 zung des Waldes mit offensichtlich vorgeschobenen Begründungen geräumt und für die weitere
7 Rodung des Wald vorbereitet. Ministerpräsident Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Lan-
8 desregierung wollen nicht einmal die Beratung und Entscheidung der Kohlekommission zum
9 Kohleausstieg abwarten und degradieren sich so selbst zum Erfüllungsgehilfen von RWE. Auf
10 dem Rücken der Polizei im Hambacher Wald Fakten zu schaffen und gleichzeitig in Berlin über
11 den Kohleausstieg zu verhandeln, stößt bei vielen Menschen auf absolutes Unverständnis und
12 führt zu einer unnötigen Eskalation des Konflikts. Eine überkommene Energiepolitik auf dem
13 Rücken der Polizei durchzusetzen, ist in Deutschland schon einmal gescheitert. Es ist traurig,
14 dass Armin Laschet daraus nichts gelernt hat. Wir GRÜNE stehen an der Seite des breiten zivil-
15 gesellschaftlichen, gewaltfreien Protestes für den Kohleausstieg und für ein Ende der Naturzer-
16 störung durch den Braunkohlebergbau. Wer diesen Weg verlässt und Gewalt gegen Personen, zB
17 Stein- oder Fäkalienwürfe, ausübt ist nicht mehr Teil unseres Protestes. Seit Beginn der Räu-
18 mungen im Hambacher Wald verbreitert sich der Protest in atemberaubendem Ausmaß. So stei-
19 gerte sich etwa die Zahl der Teilnehmenden am Waldspaziergang von wenigen hundert Men-
20 schen auf zuletzt mehrere Tausend. Wir fordern den Innenminister Herbert Reul auf, damit auf-
21 zuhören, den friedlichen Protest und Zivilcourage zu kriminalisieren.

22 Während der Beteiligung an der letzten Landesregierung 2012-2017 entstand auf Initiative der
23 GRÜNEN eine neue Leitentscheidung. Es ist uns in einem Kompromiss gelungen, 1400 Men-
24 schen vor dem Abbagern ihres Zuhauses zu bewahren. Durch diese erstmalige und bisher auch
25 einzige Verkleinerung eines genehmigten Tagesbaus (Garzweiler II) bleiben ca. 400 Mio. Tonnen
26 Braunkohle in der Erde. Politisch konnten wir an einer Stelle eine wesentliche Verkleinerung er-
27 reichen. Die seit 1974 bestehende Genehmigung für den Tagebau Hambach blieb durch die Lei-
28 tentscheidung unverändert. Im Lichte der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens durch
29 Deutschland, dem von der Bundesregierung selbst gesteckten Klimareduktionsziel und aktueller
30 Studien (Fraunhofer, DIW, u.a.) und eines Ergebnisses der Kohlekommission auf Bundesebene
31 wird aufgrund des kommenden Kohleausstiegs eine Verkleinerung der Tagebaue notwendig
32 werden. Daher steht die aktuelle Landesregierung in der Verantwortung, die Vorbereitungen für
33 eine neue Leitentscheidung zu treffen.

34 Am Hambacher Tagebau zeigt sich, wie CDU und FDP Energiepolitik betreiben: Statt endlich den
35 geordneten Ausstieg aus der Kohlekraft weiterzuführen, klammert sich Schwarz-Gelb an die
36 Strukturen des letzten Jahrtausends: Fossile Energieträger und schmutzige Großkraftwerke. Dies
37 ist verantwortungslos gegenüber den global unter der Klimakrise leidenden, aber auch den im
38 Rheinischen Revier unmittelbar betroffenen Menschen. Beschäftigte und Bergbaubetroffene
39 werden von der Landesregierung im Unklaren gelassen statt mit klaren Ausstiegsperspektiven
40 Planungssicherheit zu schaffen. Dabei ist die Mehrheit der Menschen in NRW viel weiter als ihre

41 Landesregierung: Zwei Drittel geben dieser Energiepolitik von vorgestern eine klare Absage und
42 sprechen sich für einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohle aus.

43 Es ist dringend an der Zeit, mutige energiepolitische Entscheidungen für die Zukunft zu treffen
44 – für die Umwelt, für das Klima, für die Menschen in NRW.

45 **Fünf Punkte für den Klimaschutz und ein zukunftsfähiges Rheinisches Revier**

46 Wir GRÜNE fordern für eine verantwortungsvolle, saubere und zukunftsfähige Energiepolitik für
47 NRW:

48 **1. Reden statt roden – Abholz-Moratorium bis zum Ende der Kohlekommission**

49 Während die Kohlekommission in Berlin über einen Ausstieg aus der Kohle verhandelt, wird im
50 Hambacher Wald alles dafür vorbereitet, unumkehrbare Fakten zu Lasten des Klimaschutzes zu
51 schaffen. Dabei ist eine schnelle Rodung des Hambacher Waldes, entgegen der Behauptungen
52 von RWE, für den Weiterbetrieb des Tagebaus und der Kraftwerke nicht erforderlich. Ebensowe-
53 nig ist die dort lagernde Kohle notwendig, um die Energiesicherheit in NRW zu gewährleisten.
54 Nur mit einem Abholz-Moratorium kann gesichert werden, dass die Kohlekommission konstruk-
55 tiv und ergebnisoffen an einem Weg für den Kohleausstieg arbeitet.

56 **Die Landesregierung muss gegenüber Bundesregierung und RWE auf einen Stopp der Rodungen**
57 **im Hambacher Wald drängen, solange die Arbeit der Kohlekommission nicht abgeschlossen ist.**
58 **Eine Rodung zum jetzigen Zeitpunkt gefährdet die Chance auf einen breiten gesellschaftlichen**
59 **Konsens zum Kohleausstieg.**

60 **2. Klimaschutzziele von Paris ernst nehmen – Erneuerbare Energien ausbauen**

61 Das Erreichen der Klimaziele von Paris – den Anstieg der globalen Temperatur unter 2° C zu
62 halten – erfordert sofortiges und engagiertes Handeln, auch und gerade von NRW.

63 NRW ist für ungefähr ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich.

64 Wenn NRW sich aus der Verantwortung stiehlt, sind Deutschlands Klimaziele nicht zu erreichen.
65 Ob NRW seiner klimapolitischen Verantwortung gerecht wird, ist dabei auch eine Frage globaler
66 Gerechtigkeit. Denn unter den Folgen des Ausstoßes von Treibhausgasen in NRW leiden auch
67 die Menschen in anderen Regionen dieser Welt – insbesondere in den Ländern des globalen
68 Südens.

69 Wir brauchen eine konsequente Energiewende. Dazu gehört neben dem Ausstieg aus der Kohle
70 der naturverträgliche Ausbau und die Förderung von erneuerbaren Energien.

71 Statt hier, wie bisher, auf die Bremse zu treten und die von der Bundesregierung ausgegebenen
72 Ziele von einem Anteil von 65 % Erneuerbaren Energien bis 2030 zu gefährden, muss die Lan-
73 desregierung endlich die nötigen Anstrengungen unternehmen.

74 Doch Schwarz-Gelb bremst den Ausbau der Windenergie aus, lehnt einen zügigen Kohleaus-
75 stieg ab und will sogar die Energiesparverordnung aussetzen.

76 **Die Landesregierung muss ihren ideologischen Feldzug gegen die Erneuerbaren beenden und**
77 **alles dafür tun, die Treibhausgasemissionen in NRW weiter zu reduzieren. Sie muss endlich end-**
78 **lich ihre Blockadehaltung aufgeben und offensiv den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran-**
79 **treiben. Ihre und die Politik der Bundesregierung vernichtet mehr Arbeitsplätze in der Branche**
80 **der Erneuerbaren als die Braunkohle überhaupt hat.**

81 Um den Ausbau der erneuerbaren Energien nach vorne zu bringen, sind folgende Maßnahmen
82 nötig:

- 83 • Recht auf finanzielle Bürger*innenbeteiligung an Windkraftanlagen
- 84 • Einführung einer Konzessionsabgabe für Windkraftanlagen an die Standortkommunen
- 85 • Entbürokratisierung von Photovoltaik-Mieterstromprojekten

86 3. Es ist Zeit für eine neue Leitentscheidung

87 Die genehmigten Abbaumengen an Braunkohle im Rheinischen Revier passen bei weitem nicht mehr
88 zusammen mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens, des Klimaschutzplans und dem Einsetzungs-
89 beschluss der Kohlekommission. Wenn man die Klimaschutzziele ernst nimmt, muss die Menge der
90 noch zu fördernden Braunkohle deutlich reduziert werden.

91 Der Braunkohleabbau muss zügig beendet werden. Die ältesten und dreckigsten Braunkohle-
92 Kraftwerke müssen schnell vom Netz. Das ist, neben dem eingesparten CO₂, auch wichtig, um
93 die vorhandenen Überkapazitäten auf dem Strommarkt zu reduzieren, die heute das Stromnetz
94 verstopfen und den Ausbau der erneuerbaren Energien behindern. **Die Landesregierung muss**
95 **spätestens mit dem Ergebnis der Kohlekommission eine neue Leitentscheidung zum Braunkoh-**
96 **leabbau treffen, die den real noch benötigten Entnahmemengen entspricht und damit Klarheit**
97 **für alle Beteiligten und Betroffenen schaffen.**

98 4. Versorgungssicherheit ist kein Argument gegen die Energiewende

99 Die Landesregierung spielt mit den Sorgen der Menschen, wenn sie immer wieder die Versor-
100 gungssicherheit als Argument gegen einen Kohleausstieg ins Feld führt. Ein solches Szenario
101 entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.

102 Im Gegenteil: In Deutschland gibt es heute enorme Überkapazitäten an konventionellem Strom,
103 der die Netze verstopft. Das führt dazu, dass selbst im Rheinischen Braunkohlerevier Gaskraft-
104 werke stillstehen, weil sie unter diesen Bedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden kön-
105 nen. Daneben exportiert Deutschland 8 % seines Stroms ins Ausland.

106 Wir Grüne fordern:

- 107 • **Die Überkapazitäten bei konventionellen Kraftwerken müssen abgebaut werden.**
- 108 • **Es müssen weitere effiziente Gaskraftwerke gebaut und mit Kraft-Wärme-Kopplung aus-**
109 **gebaut werden, um die Versorgungssicherheit zu garantieren.**
- 110 • Die Landesregierung soll den reibungslosen Ersatzneubau von Gaskraftwerken unterstützen,
111 z.B. durch die Förderung von Projekten auf alten Kraftwerksstandorten.

112 5. Perspektiven schaffen für das Rheinische Revier

113 Die Landesregierung und Ministerpräsident Laschet klammern sich an der Braunkohle fest, statt
114 den Strukturwandel im Rheinischen Revier zu gestalten. Die Menschen vor Ort – ob direkt be-
115 schäftigt oder mittelbar von der Kohleverstromung betroffen -dürfen nicht im Regen stehen ge-
116 lassen werden.

117 **Die Landesregierung muss, gemeinsam mit ihnen, mit der Region neue Zukunftsperspektiven**
118 **schaffen.**

- 119 • Ministerpräsident Laschet und seine Vertreter*innen für das Land NRW müssen von Zu-
120 schauer*innen zu Akteur*innen werden und in der Kohlekommission und der Bundesregie-
121 rung entsprechend Mittel des Bundes einfordern, damit der Strukturwandel im rheinischen
122 Revier gelingen und im mittelbar auch an der Braunkohle hängenden Ruhrgebiet fortgeführt
123 werden kann.
- 124 • Das beinhaltet eine Priorisierung von Infrastrukturprojekten des Bundes für die Region, vor
125 allem bei den Schienenwegen und Ansiedlungen von Einrichtungen des Bundes in der Regi-
126 on.
- 127 • Die Stärken des Rheinischen Reviers - inmitten von Hochschul- und Forschungsstandorten -
128 als Wissenschaftsregion können noch viel stärker gefördert werden.
- 129 • Das Rheinische Revier hat das Potenzial, zum Silicon Valley der Energiewende zu werden. So
130 können gemeinsam mit dem Ruhrgebiet aus den Kohle-Hotspots des letzten Jahrtausends
131 Pionierregionen des ökologischen Wandels werden. Dies muss z. B. durch eine erhöhte For-
132 schungsförderung und der Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen gefördert
133 werden.

134 • Vor allem aber die muss Landesregierung darauf drängen, die Alt- und Ewigkeitslasten des
135 Bergbaus aus den Rückstellungen zu sichern und vom Schicksal des Unternehmens zu ent-
136 koppeln, wie dies beim Steinkohlebergbau oder der Atomkraft bereits umgesetzt wurde. Die
137 Region darf nach dem Ende des Bergbaus nicht mit dessen Folgen alleine gelassen werden.

138 Wir Grüne in NRW stehen für konsequenten Klimaschutz, einen sozialverträglichen Strukturwandel
139 im Rheinischen Revier und mutige Zukunftspolitik.

140 Die Verhinderung einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer
141 Generation. Die Zeit wird knapp, wenn wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch erreichen
142 wollen. Die Klimakrise macht keine Pause. Es ist an der Zeit, endlich zu handeln!